

und Korreferenten die sofortige Schlußberatung zu verbinden?"

Das ist einstimmiger Beschluß der Kammer.

Das Wort hat Herr Vizepräsident Dpitz.

Vizepräsident Dpitz: Meine Herren! Die durch den gegenwärtigen Nachtrag geforderte Summe von jährlich 5000 M. ist anscheinend eine so minimale, daß man vielleicht hätte meinen können, man hätte diese Überschreitung einfach in den nächsten Rechenschaftsbericht einstellen und dann die Entlastung der Regierung seitens der Kammer nachsuchen können. Indessen meine ich, daß trotz der Geringfügigkeit der gegenwärtigen Summe wenige Etatpositionen von der Bedeutung sein möchten wie gerade die gegenwärtige, und zwar von solcher Bedeutung einfach mit Rücksicht auf den Hintergrund und die Begleitumstände, aus denen die gegenwärtige Forderung hervorgegangen ist. Es ist nichts geringeres, um was es sich handelt, als jene Vorgänge in Grimmitzschau, die die Aufmerksamkeit so weiter Kreise schon seit langer Zeit auf sich gezogen haben, und wenn die Königl. Staatsregierung dazu gekommen ist, anstatt jenen anderen Weg der Einstellung in den Rechenschaftsbericht den Weg zu wählen, den sie gegenwärtig eingeschlagen hat, so hat sie das augenscheinlich in dem Gedanken und Bestreben getan, ihrerseits zu jener so wichtigen, die weitesten Kreise beschäftigenden Angelegenheit im Hause Stellung zu nehmen und zum anderen das Haus selbst zu einer Stellungnahme in dieser so bedeutsamen Frage zu veranlassen.

Ich stehe deshalb nicht an, von dieser Seite des Hauses unsere Stellungnahme zu kennzeichnen, und ich freue mich, schon hier konstatieren zu können, daß die Grundsätze, die wir in dieser Frage befolgen, im wesentlichen, ja ich kann sagen, bis in die kleinsten Einzelheiten hinein mit denjenigen der hohen Staatsregierung zusammenfallen.

(Sehr richtig!)

Auch wir vertreten auf dieser Seite des Hauses den Grundsatz, daß sich, was die Vorgänge der gegenwärtigen Art auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete anlangt, die Regierung und — ich füge hinzu — auch die Stände einer unmittelbaren Einmischung im allgemeinen zu enthalten haben. Vorgänge, wie sie hier in Frage sind, sind zwar in bezug auf ihre Wirkung gegenüber den Interessen Einzelner und größerer Berufs- und Erwerbszweige von tiefeinschneidender Bedeutung und Wirkung, aber es sind die unzertrennlichen Begleiterscheinungen des Industrialismus, und sie müssen, weil sie dies sind, auch ihre Korrektur, ihre Heilung und Lösung

im wesentlichen durch die Entwicklung des Industrialismus selbst finden. Eine Einmischung der Regierung oder der Stände, überhaupt der Staatsgewalt könnte unter Umständen in solchen Fällen nur mehr schaden als nützen.

(Sehr richtig!)

Das ist der allgemeine Standpunkt, den wir in dieser Frage einnehmen. Aber ich möchte nicht so weit gehen, damit erklärt zu haben, daß der Grundsatz der Nichteinmischung des Staates und der Staatsgewalt in Lohn- und sonstige soziale Bewegungen dahin führen soll, daß sich der Staat in allen Fällen der Einmischung zu enthalten habe. Es läßt sich vielmehr sehr wohl denken, daß Fälle eintreten können, für das allgemeine Wohl so tief einschneidender Art, daß auch dieser Grundsatz verlassen werden muß.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere nur an die Möglichkeit des Ausstandes bei einem Verkehrsinstitute von der Bedeutung unserer Eisenbahnen, der, wenn er allgemein zur Durchführung kommen sollte, zu der Wirkung führen müßte, daß nicht nur unser ganzes Erwerbsleben zum Stillstände gebracht, sondern der Staat und die Gesellschaft selbst vor die Frage ihrer Existenz gestellt werden würden. Ich erinnere an die weitere Möglichkeit, daß in einem Lande der Ausstand auf wirtschaftlichem Gebiete so allgemein würde, so viele Wirtschaftszweige ergriffe, daß damit das wirtschaftliche Leben in dem betreffenden Lande überhaupt in Frage gestellt würde. Und solche Fälle existieren nicht bloß in der Idee, nicht bloß in unseren Gedanken, sondern diese Idee ist vor gar nicht langer Zeit erst praktisch geworden. Sie erinnern sich, daß — vor einem Jahre wohl ist es gewesen — in Holland ein allgemeiner Ausstand der Eisenbahnbediensteten eingetreten ist und daß infolge dieses Ausstandes das gesamte Erwerbsleben, die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit Hollands, des Nachbarstaates unseres Deutschen Reiches, in so weitgehender Weise in Mitleidenheit gezogen worden ist, daß sich gegen jenen von mir betonten allgemeinen Grundsatz die belgische Regierung veranlaßt gesehen hat, ihre rein neutrale Stellung aufzugeben und im Wege der Gesetzgebung einer so weitgehenden wirtschaftlichen Bewegung entgegenzutreten, entgegenzutreten zu dem Zwecke, um das wirtschaftliche Leben des betreffenden Staates und der Gesellschaft überhaupt weiter zu ermöglichen.

(Zuruf: Holländische Regierung!)

Ich erinnere weiter daran, daß sich ähnliche Vorgänge gegenwärtig in Australien, jenem bekannten Musterlande des sozialistischen Experiments, abspielen.